

Privatschulen fordern mehr Geld

Sie sind gefragt wie nie. Aber sie erhalten vom Land Berlin zu wenig Zuschüsse. Eine Bürgerinitiative will das ändern

■ VON REGINA KÖHLER

Martha hat als Klimabotschafterin ihrer Schule kürzlich die UN-Klimawoche in Hamburg eröffnet. Miriam half Kreuzberger Grundschulern beim Deutschlernen. Carl arbeitete drei Wochen auf einem Bauernhof der Diakonie. Jelena erlebte die Hilfsbereitschaft vieler Menschen während einer Pilgerreise, die sie im Rahmen eines dreiwöchigen Praktikums absolviert hat.

Wer mit Schülern der Evangelischen Gemeinschaftsschule Zentrum im Bezirk Mitte über ihren Schulalltag redet, der hört viele solcher Geschichten und ist schnell in eine lebendige Diskussion verwickelt. Erstaunt wird er dabei feststellen, wie sehr sich die Kinder mit ihrer Schule identifizieren, wie offen, selbstbewusst und respektvoll sie miteinander, aber auch mit den Erwachsenen umgehen.

Die 14-jährige Martha sagt, warum das so ist: „An unserer Schule sind Ideen gefragt, wir können nichts falsch machen, keiner wird ausgelacht.“ Für wichtig hält Martha auch, dass jeder Schüler sein Lerntempo selbst bestimmen kann und alle Lehrer mit Leidenschaft bei der Sache sind. Jede Gruppe habe zwei Klassenlehrer, jeder Schüler einen Lehrer, der sich um ihn kümmert. „Wir arbeiten sehr selbstständig und viel in Projekten außerhalb der Schule“, sagt die 14-Jährige.

Die Evangelische Gemeinschaftsschule wurde 2007 gegründet und gilt unter Schülern und Eltern längst als Geheimtipp. Für das kommende Schuljahr haben sich 376 Schüler auf die 75 Plätze in den siebten Klassen der Schule beworben. Doch auch alle anderen Schulen in freier Trägerschaft sind zunehmend gefragt. In Berlin gibt es gegenwärtig 140 Privatschulen mit insgesamt rund 28 200 Schülern. Laut Andreas Wegener, Vorsitzender des Berliner Privatschulverbandes, haben acht weitere Projekte für das kommende Schuljahr eine Neugründung angemeldet.

Fünf Jahre Wartefrist

„Das größte Problem der Schulen in freier Trägerschaft ist die Finanzierung“, sagt Wegener. Bis sie vom Land Berlin unterstützt würden, müssten die Schulen eine Wartefrist von drei bis fünf Jahren überstehen. Hätten sie das geschafft, bekämen sie zwar 93 Prozent der vergleichbaren Personalkosten einer staatlichen Schule. Sach- und Raumkosten würden aber nicht berücksichtigt, sodass höchstens 65 Prozent der Vollkosten abgedeckt werden.

Seit Jahren fordern die freien Schulen deshalb ein Finanzierungsmodell, das den tatsächlichen Kosten gerecht wird. Unterstützt werden sie dabei von der Volksinitiative Schule in Freiheit, die für die Gleichberechtigung privater und öffentlicher Schulen eintritt. Mehr als 24 000 Unterschriften hat die Initiative gesammelt und sich damit das Recht erworben, im



Luise (15), Jelena (15), Suzanne (13) und Martha (14, v.l.) haben jahrgangsübergreifenden Unterricht

AMIN AKHTAR

Das will die Volksinitiative erreichen

- **Schule in Freiheit** Der Initiative geht es um eine Angleichung von privaten und staatlichen Schulen. Unter anderem sollen beide dieselben finanziellen Mittel vom Staat erhalten. Zudem sollen die staatlichen Schulen mehr Freiheiten bekommen und selbstständig über das pädagogische Schulprofil, Personal und Budget entscheiden können.
- **Anfang** 2009 haben sich Eltern und Lehrer in einem Arbeitskreis zusammengefunden. Sie wollen die Vorteile der Privatschulen mit den Vorteilen der öffentlichen Schulen verbinden. So sollen die Privatschulen ihre Eigeninitiative und Authentizität einbringen, und die Finanzierung der staatlichen Schulen soll für alle Schulformen gelten.
- **Anhörung** In der vergangenen Woche hat die Volksinitiative Schule in Freiheit ihre Vorstellung im Schulausschuss des Abgeordnetenhauses vorgetragen. Der Ausschuss wird nun am 7. April diskutieren, welche Haltung er im Plenum des Abgeordnetenhauses vertritt. Am 14. April soll das Thema dort besprochen werden. *kö*

Schulausschuss des Parlaments angehört zu werden. Am Donnerstag vergangener Woche konnten fünf Vertrauensleute der Volksinitiative, darunter auch Schulleiterin Margret Rasfeld, den Abgeordneten ihre Forderungen darlegen und mit ihnen über die Schule der Zukunft diskutieren.

„Die Aufmerksamkeit der Abgeordneten war zwar begrenzt“, sagt Andreas Wegener, ein Signal sei die Anhörung dennoch. Zumal sich jetzt auch der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses mit der Problematik befassen muss. Vor zwei Jahren hatten die Abgeordneten der Bildungsverwaltung den Auftrag erteilt, ein neues Finanzierungsmodell für freie Schulen zu erarbeiten. Ein entsprechender Bericht liegt nun endlich vor.

„Ich hoffe, dass die Abgeordneten sich bereits am Mittwoch damit befassen werden“, sagt Wegener. Die Verwaltung sei zwar zu dem Schluss gekommen, dass gegenwärtig kein anderes Modell zur Finanzierung der Privatschulen machbar sei, weil man nicht wisse, was die staatliche Schule wirklich koste und deshalb keine Vergleichbarkeit herstellen könne. „Wir bleiben trotzdem bei unserer Forderung nach einer Vollkostenfinanzierung“, so Wegener.

Auch Schulleiterin Rasfeld unterstützt diese Forderung. Für sie ist nachvollziehbar, dass immer mehr Eltern nach alternativen Schulmodellen suchen. „Keiner ist mehr zufrieden mit den öffentlichen Schulen, weder die Schüler noch die Eltern, auch die Wirtschaft nicht“, sagt sie. Es gebe viel Mobbing, viel Unterrichtsausfall, eine schlechte Umgangskultur, auch an den Gymnasien. „Wir brauchen dringend einen Systemwechsel“, fordert Rasfeld. Schule müsse den Schülern viel mehr Raum geben, mitzugestalten, müsse sich viel stärker an den Herausforderungen des realen Lebens orientieren.

Genau das ist das Konzept der evangelischen Gemeinschaftsschule. Dort beteiligen sich zum Beispiel alle Schüler der siebten und achten Klassen am Projekt „Verantwortung übernehmen“. Sie suchen sich eine Aufgabe im Gemeinwesen, die sie für mehrere Wochen ausüben, im Krankenhaus etwa, im Altersheim oder in einer Kita. Ein anderer Baustein des Schulkonzepts ist das Projekt „Herausforderung“, das für die neunten bis elften Klassen auf dem Stundenplan steht. Jeweils drei Wochen lang sind die Schüler außerhalb Berlins unterwegs, arbeiten, wandern oder segeln und lernen so ihre

Stärken, aber auch ihre Grenzen kennen.

„Die Schule ist komplett anders als alle Schulen, die ich kenne“, sagt Martha, die schon einige Bildungseinrichtungen in Berlin besucht hat, bevor sie an die evangelische Gemeinschaftsschule kam. Das Besondere ihrer Schule ist für Martha der Unterricht in jahrgangsgemischten Gruppen in den Klassen sieben, acht und neun. „Dabei erarbeiten wir uns viele Themen eigenständig, oft in Projekten außerhalb der Schule.“ Sie habe schon viel über sich selbst gelernt und erlebt, dass sie etwas bewirken kann, sagt Martha.

Soziale Entmischung

Einerseits gefragt wie nie, müssen die freien Schulen sich andererseits den Vorwurf gefallen lassen, nur für jene Kinder da zu sein, deren Eltern es sich leisten könnten. Die soziale Entmischung würde auf diese Weise verstärkt, heißt es immer wieder. Martin Hoyer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband versteht diese Bedenken, weist aber darauf hin, dass die unzureichende Finanzierung die freien Schulen dazu zwingt, Schulgeld zu nehmen. Das sei das Kernproblem, sagt Hoyer. „Wir haben ausgerechnet, dass das Land Berlin jährlich rund 60 Millionen Euro mehr ausgeben müsste, wenn alle Schüler der freien Schulen an staatliche Schulen wechseln würden“, sagt Hoyer. Zumindest diese Summe stünde den freien Schulen zusätzlich zu.

Schulleiterin Margret Rasfeld ist um eine gute Mischung ihrer Schülerschaft bemüht. „Wir wollen eine Schule für alle sein und unseren Schülern die Möglichkeit geben, Heterogenität als Reichtum zu erleben“, sagt sie. Das Schulgeld ist deshalb stark gestaffelt. Der Mindestbetrag liegt bei 45 Euro. Arbeitslose Eltern oder Hartz-IV-Empfänger müssen gar nichts zahlen. „Wir können uns das leisten, weil wir mit der Evangelischen Schulförderung einen großen Träger hinter uns haben“, sagt Rasfeld. Schulen kleinerer Träger hätten es hingegen viel schwerer.